

SCHÜTTE HORSTKOTTE & PARTNER
R E C H T S A N W Ä L T E

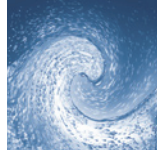
Gewässerbenutzung und das wasserrechtliche Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren

dbr@sh-partner.de
www.sh-partner.de

Neuer Markt 17
18055 Rostock
Tel.: 0381/4930260
Fax: 0381/49302620

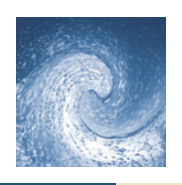
Goethestraße 27
18209 Bad Doberan
Tel.: 038203/77690
Fax: 038203/776928

Plauener Straße 163-165
13053 Berlin
Tel.: 030/24625386
Fax: 030/24628082



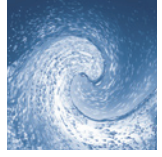
Übersicht

- Struktur des Wasserrechts
- Gewässerbenutzung
- Benutzungsarten
- Zulassung
 - Erlaubnis
 - Bewilligung
- Zulassungsbescheid
- Abgrenzung
 - Unterhaltung
 - Ausbau
 - Anlage



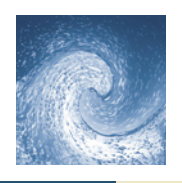
Literatur

- Drost, Das neue Wasserrecht
- Czychowski/Reinhardt, WHG, 10. Aufl. 2010
- Berendes/Frenz/Müggenborg (Hrsg.), WHG



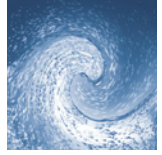
Zweck des Wasserrechts

- Schutz der Gewässer
- Vorsorge gegen Wassermangel
- Schutz vor Wassergefahren
- Kein privates Eigentum am Wasser
- Staatliche Kontrolle von Wassernutzungen



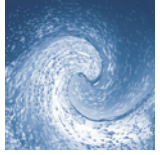
1. Rechtsquellen

- Internationale Regelungen
- Europäische Regelungen
- Bundesebene
- Landesebene



2. Verhältnis WHG – LaWG MV

- Das Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) ergänzt das im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung vom Bund neu erlassene und zum 01.03.2010 in Kraft getretene Wasserhaushaltsgesetz (WHG).
- Bund hat von Gesetzgebungsbefugnis nur eingeschränkt Gebrauch gemacht
- in zahlreichen Fällen Detailregelungen ausdrücklich den Ländern überlassen.
- Darüber hinaus unterliegen wassergesetzliche Regelungen des Bundes, soweit sie nicht stoff- oder anlagenbezogen sind, der Abweichungsbefugnis der Länder über die durch Gesetz zu entscheiden ist.

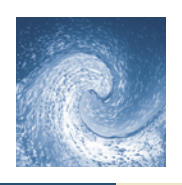


3. Abweichungsgesetzgebung

- neues WHG hat Regelung von Details insbesondere zur Umsetzung von EU-rechtlichen Vorgaben auf Verordnungsebene verlagert, § 23 WHG
- die auch bisherige Rechtsverordnungen der Länder einbeziehen (z.B. Eigenüberwachungsverordnung, Anlagenverordnung).
- Im Wege der Abweichungsgesetzgebung kann die Möglichkeit eröffnet werden, zeitnah abweichende Regelungen im Landesrecht zu erlassen

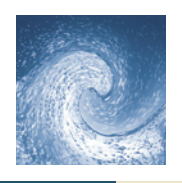
Beispiel:

- Abweichend von in § 38 WHG gesetzlich definierten Gewässerrandstreifen sollen in Bayern Gewässerrandstreifen bei Gewässern 1. oder 2. Ordnung vorrangig durch Verträge geregelt werden;
- Damit soll besser „auf tatsächliche Erfordernisse des Gewässerschutzes und die Belange der Eigentümer von Ufergrundstücken“ eingegangen werden. (Bayrischer Landtag Drucksache 16/2868 08.12.2009)

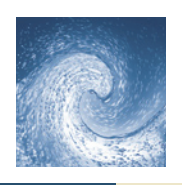


WHG – LaWG MV: Wasserentnahmeentgelte

- Bundesgesetzgeber hat hierzu bewusst keine Vorschriften erlassen,
 - weil gegenwärtig Vorschläge für eine künftige allgemeine „Gewässerbenutzungsabgabe“ geprüft werden. Beabsichtigt ist offenbar die Zusammenführung der Wasserentnahmeentgelte und der Abwasserabgabe zu einer einheitlichen Abgabe.
- Solange diese Pläne auf Bundesebene noch nicht umgesetzt sind, können die Bundesländer diese Lücke schließen.
- Regelungen in MV (§§ 16 ff. LWaG M-V) durch die Novellierungen inhaltlich unverändert geblieben



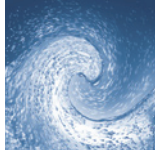
Bewirtschaftung



Benutzungen, § 9 WHG

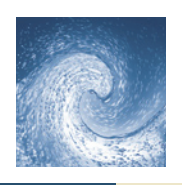
Bedeutung:

- Benutzung als Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Vorschriften über die wasserrechtliche Zulassung (§ 8 I WHG)
- § 9 definiert den Begriff der Benutzung für die Anwendung des WHG in all seinen Bestimmungen (arg. Wortlaut; BVerwG, Urteil vom 28.06.2007, 7 C 3/07)
- gilt auch für Vorschriften im LWaG M-V



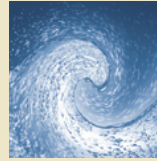
Systematik

- § 9 Abs. 1, 2 WHG enthalten einen Katalog an Benutzungstatbeständen, wobei § 9 Abs. 2 Nr. 2 WHG als sogenannter Auffangtatbestand angesehen wird
- Nach § 9 Abs. 3 WHG werden Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen generell vom Benutzungsbegriff ausgeklammert
- die Tatbestände des § 5 LWaG M-V enthalten nach der Gesetzesbegründung (Drucksache 5/3027) konkrete und klarstellende Regelungen für den Vollzug, die § 9 WHG insoweit ergänzen.
- somit keine Abweichung, allenfalls Erweiterung denkbar, soweit nicht ohnehin schon eine Benutzung nach § 9 WHG vorliegt



Systematik

- jeder verwirklichte Tatbestand begründet im Grundsatz eine eigenständige Zulassungspflicht = „selbstständige“ Benutzungen
- hinsichtlich der Zulassung besteht zwischen den Tatbeständen des § 9 I, II WHG kein Vorrangverhältnis



SCHÜTTE HORSTKOTTE & PARTNER
R E C H T S A N W Ä L T E

dbr@sh-partner.de
www.sh-partner.de

Neuer Markt 17
18055 Rostock
Tel.: 0381/4930260
Fax: 0381/49302620

Goethestraße 27
18209 Bad Doberan
Tel.: 038203/77690
Fax: 038203/776928

Plauener Straße 163-165
13053 Berlin
Tel.: 030/24625386
Fax: 030/24628082